



Deutsche Umwelthilfe



GREENPEACE



TRANSPORT &
ENVIRONMENT



Herrn Minister Winfried Hermann

Ministerium für Verkehr
des Landes Baden-Württemberg
Postfach 10 34 52
70029 Stuttgart

Berlin, den 11. Februar 2021

Offener Brief

Kein Einsatz von synthetischen Kraftstoffen im Straßenverkehr

Sehr geehrter Herr Minister,

vor kurzem hat die Bundesregierung die Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) der EU im Verkehrsbereich beschlossen. Das Gesetz regelt die Anrechenbarkeit verschiedener Kraftstoffarten auf die Treibhausgasminderungsquote und wird ab März in Bundesrat und Bundestag beraten. Mit großer Irritation haben wir Verlautbarungen aus Baden-Württemberg wahrgenommen, im parlamentarischen Verfahren über eine Unterquote im Straßenverkehr einen stärkeren Hochlauf synthetischer Kraftstoffe vorantreiben zu wollen.

Klimafreundlich hergestellte synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) werden extrem knappe und teure Energieträger sein, welche mit hohen Umwandlungsverlusten bei der Erzeugung einhergehen. Ihre Nutzung muss daher auf die Anwendungen begrenzt werden, in denen eine direkte Elektrifizierung absehbar nicht möglich ist. Dazu gehören im Verkehrsbereich der Flug- und Schiffsverkehr auf der Langstrecke. An erster Stelle steht jedoch die Schwerindustrie in Deutschland: sie ist auf die begrenzten Mengen grünen Wasserstoffs für ihre Zukunftsfähigkeit angewiesen. Der Einsatz von E-Fuels im Straßenverkehr gefährdet daher nicht nur die Verkehrswende, sondern auch die Energiewende im Industriesektor.

Im Straßenverkehr stellt die batteriebetriebene Elektromobilität eine um ein Vielfaches effizientere Antriebsform dar als ein mit E-Fuels betriebener Verbrennungsmotor. Die E-Mobilität wird von der Bundesregierung selbst mit milliardenschweren Förderprogrammen unterstützt und hat sich längst auf den internationalen Leitmärkten bewiesen. Immer mehr Automobilhersteller kündigen Ausstiegsdaten aus dem Verbrennungsmotor an und stellen ihre Produktion auf Elektromobilität um. Eine Förderung von synthetischen Kraftstoffen im Straßenverkehr stellt daher nur eine Ablenkung vom bereits beschlossenen Kurs der Automobilhersteller dar. Laut RED II-Richtlinie können strombasierte Kraftstoffe, die im Straßenverkehr zum Einsatz kommen, ohnehin auf die Treibhausgasminderungsquote angerechnet werden. Eine darüberhinausgehende Förderung via Mehrfachanrechnung oder Mindestquote lehnen wir strikt ab.

Die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors müssen schnell und drastisch reduziert werden. Dies kann im Straßenverkehr am besten durch eine massive Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, einen zeitnahen Zulassungsstopp für Verbrennungsmotoren bei Pkw und den Infrastrukturausbau für die batteriebetriebene Elektromobilität gelingen.

Sehr geehrter Herr Minister, wir fordern Sie auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die nationale Umsetzung der RED II einer wahren Mobilitätswende den Weg ebnet und nicht durch einen falschen Fokus auf E-Fuels den längst überfälligen Umbau des Verkehrssektors weiter verzögert.

Für weiterführende Gespräche stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Jürgen Resch
Bundesgeschäftsführer
DUH



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU



Stef Cornelis
Direktor Deutschland
T&E



Kerstin Haarmann
Vorsitzende
VCD



Christoph Heinrich
Vorstand Naturschutz
WWF

Dieser Brief geht auch an den Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Herrn Franz Untersteller, sowie an alle grünen Landesminister*innen für Verkehr, Umwelt und Wirtschaft.